



Katrin Göring-Eckardt Dr. Anton Hofreiter Bärbel Höhn Annalena Baerbock

Mitglieder des Deutschen Bundestages

Bündnis 90/Die Grünen

21. November 2013

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

die Klimaverhandlungen in Warschau zeigen, dass das Erreichen eines internationalen Klimaschutzabkommens 2015 in Paris maßgeblich von einer anspruchsvollen Zielsetzung der Europäischen Union abhängt.

Ein EU Ziel von mindestens 55 Prozent CO2 - Reduktion (CO2-Äquivalent gegenüber 1990) wäre ein sehr wichtiger Impuls, um insbesondere Schlüsselstaaten wie China in den laufenden Verhandlungen in Warschau und in den anstehenden Verhandlungen der nächsten zwei Jahre zu wesentlichen eigenen Beiträgen zu bewegen.

Entscheidend für eine solche Wiedergewinnung der Vorreiterrolle Europas im Klimaschutz ist insbesondere auch das künftige Verhalten Deutschlands und der neuen Bundesregierung. Wir fordern Sie daher als Bundeskanzlerin auf, zentrale Punkte für eine ehrgeizige und vitale Klimapolitik in einem neuen Regierungsprogramm festzulegen.

Hierzu gehören insbesondere:

- 1) In der Europäischen Union ein Reduktionsziel von mindestens 55 % CO2 Äquivalent bis 2030 (im Vergleich zu 1990), sowie anspruchsvolle Ziele für den Ausbau der Erneuerbaren Energien und die Energieeffizienz zu verankern.
- 2) Den Emissionshandel als Hauptinstrument des Klimaschutzes in Europa zu stärken und hierzu insbesondere die Einführung einer Preisuntergrenze (*floor price*) sowie die dauerhafte Marktverknappung (*set aside*) zu verfolgen.
- 3) Die nationale Minderungsverpflichtung deutlich anzuheben, um den europäischen und globalen Prozess glaubwürdig zu untermauern.
- 4) Außerhalb des EU Kontextes muss sich Deutschland entsprechend seiner Wirtschaftskraft mit deutlichen und angemessenen Zusagen für die internationale Klimafinanzierung noch auf dieser Konferenz verpflichten.
- 5) Beschluss eines Bundesklimaschutzgesetzes.

Zudem macht die gegenwärtige Konferenzsituation deutlich, dass die internationale Staatengemeinschaft eine angemessene politische Vertretung der Bundesregierung erwartet. Wir fordern Sie daher auf, dies in der entscheidenden letzten Phase hier in Warschau sicherzustellen.

Bezüglich der Ziele für die CO2 Minderung bis 2030 verweisen wir zudem auf die Beschlüsse der Umweltministerkonferenz von letzter Woche und auf die dortige Protokollnotiz von sieben Bundesländern, die sich für die Verankerung des 55 Prozentziels in der EU eingesetzt haben.

Auch für ein nationales Strommarktdesign brauchen wir dringend einen funktionierenden Emissionshandel. Derzeit stehen die Braunkohlekraftwerke und alte Kohlekraftwerke im Geld, während moderne Gaskraftwerke, die noch länger für die Energiewende erforderlich sind, nicht wirtschaftlich betrieben werden können. Gleichzeitig belasten die Kohlekraftwerke die CO2 Bilanz und führen wieder zu einem Anstieg der Emissionen.

In der Hoffnung auf ein kraftvolles Signal und mutige Entscheidungen!

Mit freundlichen Grüßen,



Katrin Göring-Eckardt



Dr. Anton Hofreiter

Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen



Bärbel Höhn



Annalena Baerbock